

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 63 (1969)
Heft: 10

Artikel: Gespräche in der DDR
Autor: F.K.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141630>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gespräche in der DDR

Seit vor anderthalb Jahren die neue Verfassung vom Volk mit grosser Mehrheit angenommen worden ist, kommen sich die Kommunisten erst recht als Demokraten vor. Sie geben zu, dass weit über die Zeit der Berliner Mauer-Errichtung hinaus das Volk mehrheitlich gegen den Sozialismus eingestellt war, wobei sie unter Sozialismus immer das verstehen, was Lenin darunter verstanden hat: Diktatur des Proletariats. Auch dieser Begriff muss im Sinne des Kommunistischen Manifests von 1848 verstanden werden, wo es heisst, dass das Proletariat von der Partei *geführt* werden muss, denn die Kommunisten «haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus».

Heute ist die jüngere Generation in der DDR mehrheitlich der Meinung, dass der Sozialismus ein gutes Prinzip ist. Gewiss gibt es noch mehr Gegner im Land als nur jene 5 bis 10 Prozent, die bei der Abstimmung über die Verfassung ein Nein in die Urne gelegt haben. Man hatte nämlich dabei die Wahl, entweder einen offiziellen Wahlzettel offen abzugeben oder in einer Kabine einen Zettel selber auszufüllen. Wer also in die Kabine ging, stand im Verdacht, nein zu stimmen. Weil viele diesen Verdacht als Gefahr für ihre Karriere empfanden, gaben sie das offizielle Ja ab. Eine kritische, christlich gesinnte Buchhändlerin sagte uns, dass nur ein Drittel der Bevölkerung den Staat aus Überzeugung bejahe, während ein Drittel aus persönlichen Gründen vorsichtig sei im Urteil und nur der letzte Drittel aus seinem Herzen keine Mördergrube mache. Trotzdem haben auch von diesem Drittel mehr als die Hälfte zur Verfassung ein Ja eingelegt, weil sie offenbar zwischen Buchstaben und Praxis unterscheiden. Nach dem Wortlaut gewährt die Verfassung viele Freiheiten, denn sie ist in zahlreichen Versammlungen vom Volk diskutiert und verbessert worden, bis sie zur Abstimmung kam. So steht darin, dass niemand verfolgt werden darf, der seine eigene Meinung äussert. Versammlungen sind aber nur frei, wenn ihre Anliegen nicht gegen Sozialismus und Frieden verstossen. Auch Druckerzeugnisse stehen unter dieser Einschränkung. Da Sozialismus ein dehnbarer Begriff ist und Friede von jedermann gewünscht wird, kann man mit dem Wortlaut einverstanden sein, aber die Auslegung ablehnen, wenn Sozialismus als Diktatur der ZK definiert wird und wenn die geringste Kritik an der Aussenpolitik als Gefahr für den Frieden betrachtet wird.

Kritik an der Aussenpolitik haben wir aber trotzdem in vielen Gesprächen vernommen. Es ist wahr, dass diese nur in öffentlichen Versammlungen unter Strafe steht und auch nirgends gedruckt werden darf. Aber im Privatgespräch vertrauen heute die allermeisten Bürger der DDR dem Passus in der Verfassung, dass niemand wegen seiner persönlichen Meinung verfolgt werden darf. Wir nahmen sogar an einer Betriebsversammlung einer kleinstädtischen Bühne teil, wo trotzdem Zweifel an der Richtigkeit der Interventionspolitik gegenüber der CSSR laut wurden. Gewiss war kein

entschiedenes Nein zu vernehmen, aber verschiedene Schauspieler fragten doch ihren Parteisekretär, ob es richtig war, dass auch die ostdeutsche Armee einmarschiert ist, nachdem Prag im Krieg von den Deutschen besetzt war und unter ihnen gelitten hat. Der Sekretär betonte immer wieder die brüderlichen Absichten, mit denen man einmarschiert sei. Uns selber wurde auch ein Votum gestattet. Wir beriefen uns auf die Tatsache, dass wie in der DDR auch in der CSSR das Volk den Sozialismus mehrheitlich bejaht, so dass keine Gefahr für eine Rückkehr zum Kapitalismus besteht, wenn man neue Parteien sich bilden lässt. Wir erinnerten daran, dass selbst Marx und Lenin die Diktatur nur als Übergang gefordert und nachher sogar das Absterben des Staates erwartet haben. Der Parteifunktionär gab zu, dass auch die Tschechen und Slowaken die Staatsbetriebe nicht mehr privaten Aktionären zurückgeben wollen. Und nicht nur in der DDR, sondern überall im Osten sehen die Bauern ein, dass es ihnen besser geht, seit es in jedem Dorf nur noch einen grossen, mechanisierten Stall und nur noch grosse Felder gibt, die man mit Maschinen, die dem Volk gehören, rationell bestellen kann. Aber die Gefahr in der CSSR bestand im Nationalismus, im Titoismus und Neutralismus. Das Beispiel hätte Schule gemacht, und mit der Zeit wäre der Warschauer Pakt ganz zerfallen. Auch das COMECON, die Wirtschaftsgemeinschaft des Ostens, wäre in Frage gestellt worden, denn der Handel mit dem kapitalistischen Westen ist für die einzelne Nation interessanter. Man kann Devisen gewinnen und wertvolle Rohstoffe und Maschinen einhandeln. Abkehr vom COMECON wäre aber ein Verrat am proletarischen Internationalismus. Der antikommunistische Prager Korrespondent B. Schäppi hat das schon am 5. Oktober 1968 in der «Tagwacht» insofern bestätigt, als er über die «neuerliche starke Bindung des tschechischen Wirtschaftspotentials an den COMECON» schrieb: «Davon profitieren höchstens die andern kommunistischen Brüder, nicht aber die CSSR.» Die Prager Reformer vergassen den Satz aus dem Kommunistischen Manifest, der da lautet: «Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, dass sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, anderseits dadurch, dass sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.» In der Tat kann die Sowjetunion den bedrängten Genossen in Vietnam, Kuba usw. nur helfen, wenn die Volksdemokratien ebenfalls Opfer bringen und ihre Güter eventuell teurer einkaufen als im Handel mit den Kapitalisten! Vielleicht haben die Prager Genossen das Kommunistische Manifest nicht vergessen, sondern nur gehofft, dass das Volk auch aus freien Stücken Opfer für die kommunistischen Brüder und die Dritte Welt bringen werde. Als wir im Gespräch Dubcek als gutgläubig bezeichneten und seinen Glauben an das Volk lobten, bekamen wir zur Antwort: «Er ist ein Utopist!» Denkt man an die geringe Opferbereitschaft unseres freien Schweizervolkes für die Dritte Welt, so muss man zugeben, dass die Demo-

kratie keine Gewähr bietet gegen den nationalen Egoismus. Vielleicht kann doch nur eine Beschränkung der nationalen Souveränität innerhalb des Ostblocks, wie sie Breschnew vorschwebt, das internationale Ziel des kommunistischen Manifestes erreichen und dafür sorgen, dass der Lebensstandard in allen Bruderstaaten *gleichmässig* steigt und dass der Dritten Welt mit *vereinten* Kräften geholfen werden kann.

Auch die Bevölkerung der DDR ist weit davon entfernt, die Opfer für die Farbigen mit Begeisterung zu bringen. Auch mit den ärmeren Bruderstaaten hat man wenig Mitleid, sondern stellt im Gegenteil mit Stolz fest, dass der Lebensstandard in der DDR schon lange höher ist als in den andern Volksdemokratien. Und erst recht blickt man mit Neid nach Westen, wo viel mehr Autos durch die Strassen fahren als im Osten und es viel mehr Schokolade und Südfrüchte gibt. Allerdings ist man nicht blind gegen die Verderbnis, die westlicher Schund und Schmutz in den Massenmedien mit sich bringen. Nicht nur Erzieherinnen, sondern auch junge Arbeiter haben lobend hervorgehoben, dass die Illustrierten der DDR selten Kriminal- und Skandalgeschichten erzählen, und dass die Tagespresse Unglück und Verbrechen kaum meldet. Nur aus kurzen Gerichtsstatistiken kann man entnehmen, was für Urteile ausgesprochen wurden. Die Kriminalität geht deutlich zurück. Einbrüche in Banken oder Schmuckläden kommen fast gar nicht mehr vor, weil der Verbrecher nicht ins Ausland fliehen und zu Hause nichts anfangen kann mit grossen Summen. Gewiss kann man noch Häuser kaufen, aber die Herkunft der Mittel wird geprüft. Ein Auto bekommt man erst nach einer Bestellzeit von zwei bis drei Jahren. Also wozu noch einbrechen? Der Strafvollzug wird immer moderner. Der Gefangene kann die verschiedensten Berufe lernen und sogar studieren. Am meisten bedauert wird die starke Beschränkung der Reisen ins westliche Ausland. Aber in einer Broschüre, die im Zug den Ausländern verteilt wird, heisst es, die Mauer sei zumindest so lange nötig als DDR und Oder-Neisse-Grenze nicht anerkannt sind. Die Regierung fürchtet den Revanchismus mehr als eine Massenflucht.

F. K.

Die «Bedrohung durch China» ist Amerikas kostspieligste Selbsttäuschung

Wenn man genauer zusieht, gibt es keine neue Nixon-Doktrin in bezug auf Asien. Für Nixon bestimmt auch heute noch, wie in den fünfziger Jahren, Asien das Schicksal der amerikanischen Nation. *Im Bericht von Senator Mansfield* (22. September) über die Reisen, die er auf den Wunsch Nixons in Südostasien unternahm (Perspective on Asia: The New U.S. Doctrine and South-east Asia), lesen wir, dass Mansfield keine Spur von einem Übergang zu einer neuen Doktrin entdeckte . . . «Einige von den US-Botschaften erwarten auch jetzt noch, dass die US selbst nach Abschluss des Vietnamkrieges eine grosse militärische Rolle in Südostasien spielen